

Halle und Umgebung.

Salle, 19. Februar.

185 Prozent Steuererhöhung.

Wir hatten schon unlängst mitgeteilt, daß die Bürger-schaft sich auf eine Steuererhöhung um etwa 20 Prozent gefaßt machen möge. Die Gründe dafür werden jedem einleuchten: Unsere Stadt, wie jede andere Gemeinde, muß große Aufwendungen machen, um gegenüber den Nöten, die der Krieg für weite Teile der Bevölkerung gebracht hat, Erleichterung zu schaffen. Es sind bekanntlich bisher für Kriegszwecke drei Millionen Mark bewilligt worden. Inzwischen hat der Magistrat den neuen städtischen Haushaltesplan fertiggestellt, und zwar ergibt sich danach, daß der Steuerzuschlag von 156 auf 185 Prozent erhöht werden soll, d. h. um 29 Proz. Unsere früheren Angaben finden also damit ihre Bestätigung.

Im Stadtverordnetenkollegium wird man diese Zahl nicht ohne weiteres als Definitivum hinhinnehmen. Der Magistrat hat nämlich den vollen Betrag für Schuldentilgung eingestellt. Ein großer Teil der Stadtverordneten, der dabei wohl die Bürger-schaft hinter sich hat, ist jedoch der Ansicht, daß alles versucht werden muß, um gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo zahlreiche Erwerbstreibe mit verkürzten Einnahmen arbeiten, andererseits die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel für viele Familien Sorgen schafft, die Steuerzuschläge möglichst niedrig zu halten und die Ausgaben, die der Krieg bringt, auf eine Reihe von Jahren zu verteilen. Aus diesem Grunde wird sicherlich der Antrag gestellt werden, mit der Schuldentilgung in diesem Jahre auszuweichen. Selbstverständlich kommt dabei nicht die Schuldentilgung, soweit sie die Erwerbsmittler betrifft, in Frage; sie muß eingehalten werden. Aber es bleibt über diesen Posten hinaus noch ein erheblicher Betrag für anderweitige Schuldentilgung übrig. Und da man im kommenden Etatsjahre die Ausgaben kürzen. Von der Aufsichtsbeförderung wird sich für einen solchen Plan aufwender die Genehmigung erlangen lassen. Es liegen bereits Beispiele vor, wo die Aufsichtsinstanzen den Städten gestattet haben, die Schuldentilgung auszuweichen. Am 5. Proz. ließe sich dadurch die Steuererhöhung unbedingt ermäßigen. Wie wir vernehmen, hat auch seinerzeit der Minister zu erkennen gegeben, es liege in seinem Sinne, daß sich die Gemeinden die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben weniger durch Steuererhöhungen als durch Aufnahme von Darlehen u. ä. beschaffen. Ueber diesen Punkt wird es also bestimmt im Stadtverordnetenkollegium noch Erörterungen geben.

Der städtische Haushaltungsausschuß

beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Vorlage des Magistrats, die für die Arbeitslosenfürsorge eine Neuregelung bringt. Die Vorlage wurde angenommen. Zur Verwirklichung des Kapitels 19 a II 3 des Haushaltsplans sind 84000 M. nötig. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Aufwendungen für Schreibhilfen, da man infolge der Einberufung von zahlreichen Beamten weibliche Hilfskräfte hat einstellen müssen.

Desgleichen genehmigte man, daß die Mittel für den Bau der Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung mit 17000 M. zur Anschaffung des nötigen Mobiliars und mit 4600 M. für andere Einrichtungen verläßt werden.

Die Schlüsse von der Reifestraße zur Wittekindstraße soll ausgebaut werden. Mit den beteiligten Anliegern ist eine Vereinbarung gütlich geschlossen, nur ein Anlieger fordert einen Preis für sein Terrain, den die städtischen Behörden nicht bewilligen wollen, weil die Forderung zu hoch ist. Man beschloß die Einleitung des Enteignungsverfahrens.

Weiter wurden Mittel bewilligt, um die Front unseres Hallenschwimmbades architektonisch nutzungslos auszugestalten. Es soll bebaubar eine Uhr und ein buntem Holz geschnittenen Erker angebaut werden. Die Mittel fließen aus dem Erparnisfonds.

Die Pensionierung des Lehrers am Lyzeum Portius wurde genehmigt. Die Stelle soll in eine Mittelschullehrstelle umgewandelt werden.

Mit der Verpflichtung zur Pflüge einer Grabstätte ist der Stadt ein Legat von 600 M. angeboten worden, dessen Annahme der Ausschuß beschloß.

Desgleichen wurde ein Unterfüllungsgefäß genehmigt.

4 Pfund wöchentlich. — Brotmarken.

Unlängst wird mitgeteilt: Es ist festgestellt, daß Mähen und Wechshändler Mehl an Privats in den letzten Tagen in großem Umfange verkauft haben. Es wird hiermit verboten, mehr als 4 Pfund Mehl wöchentlich an ein und denselben Haushalt zu verkaufen. Ebenso darf für keinen Haushalt mehr als 4 Pfund Mehl wöchentlich gekauft werden. Jeder Verkauf muß von Wechshändlern in einem besonderen Tagebuch eingetragen werden unter Angabe von Name und Wohnung des Käufers.

Mit dem Inkrafttreten der Brotmarken am 1. März 1915 regelt sich der Mehlverkauf auch durch diese Brotmarken.

Zürsorge für Augenkrankte.

Der Besuch der Fürsorgestelle, Salzgrafenstraße 1, bezogte sich im November in denselben Bahnen, wie der des Vormonats. Es wird darüber mitgeteilt: 897mal wurden unsere Sprechstunden in Anspruch genommen, 678 Hausbesuche wurden von unseren Schwestern gemacht, die Zahl der überwandten offenen Tuberkulosen stieg auf 82, Mietszuschüsse liefen 41.

Die Erkenntnis von dem Wert der Fürsorgestelle und die Zweckmäßigkeit ihrer Maßnahmen haben in dem abgelaufenen Berichtsjahre zu einer außerordentlichen Steigerung unserer Tätigkeit geführt. Die Zahl der Besuche der Krieg von 2928 auf 7944 Personen, also verdreifachte sich fast. Die ärztliche Sprechstunde wurde allein 5591mal aufgesucht, ärztliche Untersuchungen wurden 3092 ausgeführt gegen 888 im Vorjahr. Erkundensuche zählten wir 1336 gegen 188 im Jahre 1912/13. Die Untersuchungen fielen aber nur einen Teil der geleisteten Arbeit dar; Rückschlüsse für das Verhalten der Kranken, das Verteilen der Zimmer, betz. Krankentafeln- und Invalidenversicherungssachen, Ausstellung von Zeugnissen, Berichte an Ärzte und Behörden sind ebenfalls Sache der Fürsorgestelle. Besuche werden vom Fürsorgearzt nicht gemacht; bettlägerige Kranke werden von der Schwester aufgesucht, im Einverständnis mit dem behandelnden Arzt.

Die Zeit der Sprechstunden: Dienstags von 7-10 Uhr früh, Freitags von 5-8 Uhr, haben sich gut bewährt, weil es so auch Erwerbstätigen möglich ist, ohne Verlust von Verdienst, die Hilfe der Fürsorgestelle in Anspruch zu nehmen.

Die Hauptprobe auf Tuberkulose wurde im Berichtsjahre 904mal ausgeführt, bei 526 Personen war sie positiv. Auswurfuntersuchungen wurden 657 veranlaßt; 56mal wurden Tuberkelbazillen im Auswurf gefunden.

Die Zahl der Schwesternbesuche hat sich in diesem Jahre ganz bedeutend erhöht; von 4002 auf 8134 bei 1540 Familien. Es kommen also auf jede Familie mehr denn 5 Besuche; naturgemäß wird der eine Fall häufiger, der andere seltener zu besuchen sein. Offene Tuberkulosen sollen in der Regel zum mindesten einmal im Monat kontrolliert werden.

Die Besuche der Schwestern gelten in erster Linie der Beaufsichtigung der Wohnungen, der Kontrolle über Nahrung und Haltung der Kranken, der Vermittlung von Untersuchungen seitens gemeinnütziger Vereine, von Gemeindefürsorgern, Privatpersonen u. a.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 22. Februar 1915, nachm. 4 Uhr.

Öffentliche Sitzung.

- 1. Arbeitslosenfürsorge.
2. Panderwerb an der Friedenstraße.
3. Verkürzung einzelner Titel des Baufontos „Hallenschwimmbad“.
4. Akquerwerbend bet. Landabstraktion zur Giebelscheineinrathabe.
5. Bewilligung einer Interimstilgung.
6. Annahme einer Stiftung.
7. Veräußerung von Kap. XIX A II 3 des Hauptetat.
8. Verkürzung der Mittel für den Bau der Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung.
9. Annahme eines Kapitals für Grabpflege.
10. Pensionierung eines Lehrers und Stellenumwandlung.
11. Armenpfliegerwahl.
12./13. Schiedsmannwahl.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Dr. Lembler.

Die Deutschamerikaner und der Krieg.

Vortrag im Volksbildungsverein.

Im Volksbildungsverein hielt Herr Dr. Darmstädter aus Cleveland, der als deutsch-amerikanischer Journalist dazu die berufenste Persönlichkeit ist, einen Vortrag unter diesem Titel.

Im Anfang des Krieges war die amerikanische Presse ganz von den Londoner Telegraphenbüros abhängig, die die Welt mit Rügennachrichten, Verdrehungen, Uebertreibungen aller Art überhäufte. Erwähnt seien die sich oft widersprechenden Nachrichten vom Tode des deutschen Kronprinzen, vom Tod 40 000 Deutscher vor den Mauern von Lütd, von der standesrühmlichen Erschießung von 100 Sozialdemokraten in Berlin u. m. Man glaubte schon Deutschland dem Untergang nahe, phantastische, daß sich der Kaiser als Privatmann nach Newyork zurückziehen würde. Kurz, die Rügen nahmen immer mehr überhand, wurden immer kräfter.

Dazu kamen die Nachrichten von der Verletzung der besaglichen Neutralität, von den angeblichen Grausamkeiten gegen die belagerte Bevölkerung.

Durch diese deutsch-feindliche Mißharheit wurde das Deutschum der Deutschamerikaner nun gestärkt; sie arbeiteten dem entgegen durch Gründung einer deutsch-englischen Zeitung: „Zatberland“, die überall verbreitet wurde.

Die Deutsch-Amerikaner haben es nicht daran fehlen lassen, der irregulierten Volksmasse die nötige Aufklärung zu geben, und sie dürfen mit aller Zuversicht erwarten, daß in absehbarer Zeit der schon begonnene Umchwung in der öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands sich immer mehr erweitert und schließlich alle Gefährlichkeit und läßliche Nachrede verwindet. Selbstredend haben die deutschen Gesandte dazu beigetragen, eine günstigere Meinung aufkommen zu lassen. Die Tätigkeit der Deutsch-Amerikaner und Deutsch-Deutscher, die Not, das Elend und die durch den Krieg verursachten Schmerzen durch Aufbringung von größeren Hilfsbeiträgen in etwas zu mildern, hat die Bewunderung auch der Amerikaner erregt, und die ganze amerikanische Nation ist schon längst davon überzeugt, daß sie von ihrer eigenen Presse seit Beginn des Krieges mit den trassierten Unwahrheiten abgesperrt wurde. Der Amerikaner hat das Vertrauen zu seiner Tagespresse vollständig verloren, und ist endlich zu der Einsicht gelangt, daß ein Volk, wie das deutsche, trotz der dreifachen Ueberrachtung, trotz der überwältigenden Gegenströmung nicht besiegt werden kann. Dem Amerikaner imponiert die deutsche Technik, die deutsche Organisation, die deutsche Opferwilligkeit und die deutsche Beharrlichkeit. Amerika hat begriffen, wie sehr es von deutscher Industrie, von deutschen Export abhängig; heute gibt es in Newyork eine halbe Million Arbeitslose. Ursache davon ist nur das Bruchliegen einer Reihe von Industrien, die von Deutschland abhängig ist. Man hat einsehen gelernt, daß dieser Krieg nicht durch die Waffen der Heere entschieden wird, sondern einzig allein nur durch den Geist, der sie befeuert. Die Deutsch-Amerikaner dürfen sich das Verdienst in Anspruch nehmen, in diesem Kampfe der Aufklärung unermüdet die Interessen der alten Welt vertreten zu haben. Sie sind für eine aufrichtige, nicht mit England liebäugelnde Neutralität eingetreten, haben durch das Ergebnis der letzten

Rongrethwahlen ihre Geltung gezeigt, würden jederzeit einen Krieg zwischen Deutschland und Amerika zu verhüten wissen; jedoch Amerika, Deutschland hätte die amerikanische Note nicht nur bluffen. Deutschland legt — daran ist nicht zu zweifeln. Von dem Siege werden auch die Deutsch-Amerikaner eine Stärkung ihres Einflusses in politischer, wirtschaftlicher Hinsicht in den Vereinigten Staaten erfahren; ein engerer Zusammenstich mit dem alten Deutschland wird in vielen Beziehungen wieder entziehen; der deutsche Sieg wird auch ein Sieg für die Deutsch-Amerikaner sein.

Für den mit interessantesten Einzelheiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben der Vereinigten Staaten ausgestatteten eindrucksvollen Vortrag danke das Publikum durch lebhaften Beifall.

Die Uebertretung der Polizeistunde.

Unlängst hat die Anklagebehörde zum ersten Male in unserem Bezirk auf Grund des Belagerungsgegesetzes wegen Uebertretung der Polizeistunde gegen einen Galtwitz K. in Miesben Anklage erhoben.

In der Verhandlung, die jetzt vor der hiesigen Strafammer stattfand, erklärte der Staatsanwalt, daß durch die Befanntmachung des Generalkommandos, alle Galtwitzschaften um 12 Uhr zu schließen, der § 9 des Belagerungsgegesetzes in Kraft trete. Dieser bestimme, daß bei verletzlichen Verletzungen gegen die Verordnung des Generalkommandos Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verhängt werden müßten. Weil der Fall jedoch sehr milde liege, beantrage er drei Tage Gefängnis.

Der Angeklagte, der behauptet, geglaubt zu haben, am 1. Januar bis früh um 2 Uhr aufwachen zu dürfen, erklärt, die bezügliche Verordnung nicht gelesen zu haben. Er bat das Gericht, ihn nicht ins Gefängnis zu schicken.

Nach eingehender Prüfung erklärt das Gericht folgendes: Die Belagerungszustand nur bei großen Verletzungen gegen die öffentliche Ruhe und Sicherheit angemessen werden soll, nicht aber bei derartigen Uebertretungen.

Das Gericht ist der Ansicht, daß der § 365 in Anwendung zu kommen habe. Dieser Paragraph des Reichsstrafgesetzbuches sei kein unmaßgebend, sondern werde durch Verordnungen der Polizeibehörde ergänzt. An die Stelle der Polizeibehörde sei nur das Generalkommando getreten. Dieses habe lediglich, wie sonst die Polizei, eine Verordnung erlassen, so daß der rechtliche Zustand des § 365 unberührt bliebe. Somit scheidet das Belagerungsgegesetz aus und die Bestimmungen des § 365 blieben in Kraft. Nach diesem Paragraph sei der Angeklagte zu bestrafen. Immerhin müsse eine harte Strafe eintreten, da während des Krieges alle Verordnungen streng eingehalten werden müßten. Es wurde auf 15 Mark Geldstrafe erkannt.

Der Angeklagte wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß hier in seiner Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen worden sei, da die Staatsanwaltschaft Revision einlegen werde, um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen.

Man darf gespannt sein, wie diese Entscheidung ausfällt.

Frühweimie.

Frau Elisabeth Beiert schreibt uns: „Wie aus allen Veröffentlichungen betreffs der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands während der Kriegszeit hervorzicht, ist eine der wichtigsten Aufgaben die, für eine möglichst zeitige Erzeugung von einheimischen Gemüße zu sorgen. Es dürfte in weitere Kreise noch nicht bekannt sein, wie wenig man sich ganz allgemein über die Sache, die der E. S. a. u. b. o. h. e. sich hierfür einsetzt. Am Gegenüber zu anderen Bohnerarten, die äußerst reichem Ertrag sind und deshalb nicht vor Mitte Mai in die Erde gebracht werden können, ist die dicke Bohne bis zu einem gewissen Grade hart gegen Frost. Man kann sie deshalb schon Ende Februar legen; durch erreicht man, daß die jungen Bohnen schon 4 Wochen früher erntet werden können, als die anderen Sorten auf den Markt kommen. Ueberdies ist die dicke Bohne nach dem Verfall, daß die Pflanzen viel weniger von dem häufig an ihnen auftretenden Anzeiger befallen werden.“

Nach meiner Erfahrung wissen die meisten Bohnerzüchter: — Göttingen — nicht, daß die halb ausgewachsenen, selten, jungen Sämling, solange sich die Kerne noch nicht richtig ausgebildet haben, wie zumeist Schmitzbohnen, unterirdisch, sondern, ein äußeres, wachsendes, kräftiges Gerüst abgeben. Welche anderen nahrhaften Gerichte (s. B. Erfrüher Puffbohnen) sind von dem weiter entwickelten Bohnen herabgesetzt werden können, dürfte allgemein bekannt sein. In unserem kleinen Sauggarten habe ich ständig in den letzten Jahren im Februar dicke Bohnen an paffender Stelle „Anreißer“ geerntet und dann von Anfang Juni ab ungarische Smalzer, wie auch andere, unterirdisch, und Scherkerbohnen, und auch den Gemüßbauern in der Umgegend möchte ich deshalb unter den obwaltenden Verhältnissen anraten, der Anzucht dieser anpreußischen Gemüßpflanzen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Auf dem Gemüßmarkt der Herr Händler reichen Absatz finden für diese frühe Bohne.“

Eine Schenkung von 12 000 Mark hat der unlängst verstorbene Stadtverordnete Seifenfabrikant Eduard Robert unserer Stadtgemeinde vermacht. Die Zinsen sind zur Armenpflege bestimmt, in der ja der Verstorbenen fast sein ganzes Leben hindurch eine legerstetige Tätigkeit ausgeübt hat. Die Hälfte der Zinsen wird in Beträgen von 5 Mark jedes Jahr im Juni an Bedürftige verteilt werden. Die andere Hälfte der Zinsen soll für die Aufzucht von Kindern bis ein Kapital von 150 000 Mark angeschaffen ist. Der Haushaltsplan genehmigte gestern die Schenkungsbedingungen.

Aushängung der bei der hiesigen Sparkasse gezeichneten Spoz. Reichsschatzanweisungen. Nach der Befanntmachung in heutigen Interatentell können die unglücklichen Schatzanweisungen in den Zeichnungsstellen Sparkassen-Spaßstelle, Rathausstr. Nr. 1, Zweigstelle Gü. Br. Brunnenstr. Nr. 3a, und Zweigstelle Gü. Br. Wundwörthstr. Nr. 25, während der Kassenstunden gegen Vorlegung der quittierten Rechnung in Empfang genommen werden. Die Auszahlung der Stücke zu der Spoz. Reichsanleihe findet erst im Monat März d. S. statt.

Die mündliche Kasseprüfung an der hies. Studienanstalt fand in der Zeit vom 15. bis 18. Februar unter Vorsitz des Präsidentschafts Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Brindmann aus Magdeburg statt. An ihr nahmen 23 SchülerInnen teil. Der Königl. Kommissar sprach seine volle Anerkennung über die Leistungen aus; die Ergebnisse derselben können erst später mitgeteilt werden, da die Zeugnisse als Replikat einer ersten Kasseprüfung, die an der Anstalt abgehalten wurde, erst nach der Prüfung und Befestigung des Herrn Ministers bedürftig sind.





